

Der liberale Newsletter

aus Kreistag, Stadtrat und Gemeinderäten
im Landkreis Starnberg



Oktober 2022

Kreistag

Mobilitätsausschuss

Schon der Mobilitätsausschuss stand im Zeichen des Busfahrermangels und der sich verschärfenden Finanzlage des Kreises. Zur Linderung des Busfahrermangels bat die Verwaltung um Meldung von freien Wohnraumkapazitäten für Busfahrer. Damit wenigstens die Eltern rechtzeitig von Schulbusausfällen erfahren, wird eine direkte Meldekette von Unternehmen zu Schulen eingerichtet. Bisher lief diese über das Landratsamt. Bei Neuausschreibungen von Buslinien will die Verwaltung auf schonenderen Ressourcenumgang achten. So werden z.B. um Gauting zwei Buslinien zu einer Ringbuslinie zusammengeführt, was ohne große Qualitätsminderung Busse und (nicht vorhandene) Fahrer einspart. Bei der Umstellung auf Busse mit Elektroantrieb teilte die Verwaltung mit, dass sie diese, wie es auch dem Wunsch der FDP entspricht, mit "angezogener Handbremse" angehen will. Im Mobilitätsausschuss konnte sich die FDP-FRAKTION noch nicht mit ihrem Begehren durchsetzen, die Ausgabe von über 700.000 € für Fahrradverleih, sogenannte Mobilitäts-Hubs, einzusparen. Dies erfolgte dann im Kreisausschuss nach Kenntnis der ersten Haushaltszahlen.

Haushaltsausschuss

Die vorgelegten Zahlen der Verwaltung waren nicht erfreulich. Nach aktueller Bedarfsplanung würde die Kreisumlage von 50,2% auf 57,8% steigen. Die Gründe hierfür sind vielfältig. Einnahmeseitig sinkt die Umlagekraft der Gemeinden wegen geringerer Gewerbesteuererinnahmen, ausgabeseitig hat der Landkreis mit stark gestiegenen Personalausgaben, (Stichwort Münchenezulage, und hoher Krankenstand) zu kämpfen, weiterhin werden von Bund und Land übertragene Aufgaben nicht voll gegenfinanziert. Verschärft wird die Situation dadurch, dass im Bereich der Daseinsvorsorge die Defizite der Leistungserbringer größer werden. Auch hier tragen die Personalkosten bei. Die Fraktionen waren sich einig, dass das Einsparpotential im Bereich der freiwilligen Aufgaben kosmetischer Natur ist. Unterschiede gab es, wie tiefgreifend die Einsparungen bei den Pflichtaufgaben erfolgen sollen.

Am runden Tisch stellte der "Starnberger Dialog" seine Arbeit vor. Weiterhin gab es einen Vortrag der Suchtberatung neon aus Rosenheim zum Thema "Fake News"

Berg

In der ersten Oktobersitzung wurde eine unverträgliche Verdichtung im Bereich Kreuzweg abgelehnt. Weiter legte der Gemeinderat im Sinne der FDP fest, dass Hausnummern künftig über private Anbieter zu beziehen sind. Leidenschaftlich wurde in der zweiten Sitzung über die Wiederinbetriebnahme der "Badeinsel Allmannshausen" gestritten. Die FDP ist der Auffassung, dass vorab die Haftungsfragen geklärt sein müssen. Hinsichtlich des Rathausneubaus ging es an die Materialauswahl für den

Der liberale Newsletter

aus Kreistag, Stadtrat und Gemeinderäten
im Landkreis Starnberg



Innenausbau. Die Ausschreibung für die Heizung wurde hingegen aufgehoben. Die Gebühren für die Erteilung einer Erlaubnis der Benutzung der Seeuferstr. wurden gegen die FDP angehoben.

Gauting

Planungen für die Neubebauung des Post-Areals öffentlich vorgestellt

In der Oktober-Sitzung des Bauausschusses wurden erstmals die Planungen für die Neubebauung des Gautinger Postareals der Öffentlichkeit präsentiert. Auf dem rund 3.000 m² großen Gelände plant die Eigentümerin des Areals nach dem Abbruch des alten Postamtes die Neuerrichtung von drei Baukörpern zu Wohn- und gewerblichen Nutzungszwecken. Im Bereich des alten Postgebäudes soll dabei ein fünfgeschossiger Kopfbau in Form eines Dienstleistungszentrums entstehen. Neben Büro- und Praxisräumen in den oberen Etagen wird im Erdgeschoß des Gebäudes dabei wieder eine Postagentur mit Cafébetrieb etabliert. Im Bereich des derzeitigen Postparkplatzes an der Hubertusstraße sollen wiederum zwei viergeschossige Wohngebäude mit insgesamt 36 unterschiedlich großen Mietwohneinheiten entstehen. Verbunden werden die drei Baukörper im Untergeschoß durch eine gemeinsame Tiefgarage.

Die Gautinger FDP-Ratsfraktion begrüßt die vorgestellten Planungen der Eigentümerin ausdrücklich, zumal diese die vom Gemeinderat beschlossenen Vorgaben des städtebaulichen Rahmenkonzepts für das Bahnhofsgelände nahezu vorbildlich einhalten. Aufgrund der Tatsache, dass durch die Neubebauung auch wichtige Gewerbeflächen im Gautinger Ortszentrum erhalten werden können, sieht die FDP bei diesem Projekt auch eine zentrale Kernforderung ihres Programmes zur letzten Kommunalwahl respektiert. Mit der nach Fertigstellung des Bauvorhabens geplanten Wiederansiedlung der Postagentur an selbiger Stelle wird zudem ein wichtiger "Identifikationsanker" für die Gautinger Bürgerinnen und Bürger beibehalten und die Nahversorgung rund um das Bahnhofsareal weiter gestärkt.

In dieser Sitzung beschloss der Bauausschuss - jedoch bedauerlicherweise mit 4 Gegenstimmen unterschiedlichster Fraktionen - nun einen vorhabenbezogenen Bebauungsplan für das Projekt in die Wege zu leiten.

Herrsching

In der letzten Gemeinderatssitzung gab es viele, teils emotionale Bürgeranfragen. Die Themen, die bewegen, sind Baumschutz, ein mögliches Grünplankonzept für Herrsching und die Wohnsituation der Geflüchteten, die seit 2015 nach Herrsching gekommen sind. Ende 2023 wird die aktuelle Containerlösung auslaufen und weder Landratsamt noch Regierungsbezirk Oberbayern können für die weitere Unterbringung Lösungen anbieten. Es besteht akut die Gefahr, dass einige Familien die neue Heimat wieder aufgeben müssen, da es im Landkreis viel zu wenig bezahlbaren Wohnraum gibt. Kinder müssten auf neue Schulen wechseln, Eltern neue Arbeitsstätten finden. Für Geflüchtete aus den Kriegsgebieten der Ukraine ist die Situation zum Glück eine andere. Es haben sich viele Bürgerinnen und Bürger gefunden, die privaten Wohnraum zur Verfügung stellen. Die FDP-Fraktion hat u.a. aus diesem Grund den Antrag gestellt, die Ukraineflagge vor dem Rathaus

Der liberale Newsletter

aus Kreistag, Stadtrat und Gemeinderäten
im Landkreis Starnberg



nach 8 Monaten herunterzunehmen. Dieses Zeichen der Solidarität mit den Menschen in der Ukraine könnte nämlich Geflüchteten aus anderen Krisengebieten suggerieren, dass sie weniger willkommen sind oder dass man sich weniger für ihre Belange einsetzt. Eine Mehrheit im Gemeinderat sieht das offenbar genauso und hat unserem Antrag zugestimmt.

Geothermie

Weitere Themen, die zunehmend „heiß“ diskutiert werden, sind die Fernwärme und Geothermie. Die FDP-Fraktion fühlt sich hier nicht umfassend informiert, da seitens der Verwaltung immer wieder behauptet wird, dass diese Energiequelle keine veritable Option in unserem Ort ist. Daher streben wir den Dialog mit Experten u.a. vom Helmholtz Institut an, das aktuell ein Beschleunigungsprojekt für ebene Energiequelle in Deutschland aufsetzt. Bis zu 25 Prozent des Wärmebedarfs könnten in Deutschland durch Geothermie gedeckt werden. Leider wurde unser Antrag, ausgewählte Experten zur anstehenden Klausurtagung einzuladen und sich einen ganzen Tag mit dem Thema zu beschäftigen, mit einer sehr knappen Mehrheit abgelehnt. Wir werden den Dialog sicher an anderer Stelle wieder aufgreifen.

Christkindlmarkt

Eine weitere Diskussion drehte sich um das Abhalten des Herrschinger Christkindlmarkts, das Aufstellen von beleuchteten Weihnachtsbäumen und die weihnachtliche Straßenbeleuchtung in Zeiten von Energie- und Wirtschaftskrise. Wir sehen eine Entschärfung zumindest der Energiekrise durch die Verlängerung der AKW-Laufzeiten und einen dringenden Bedarf der Menschen an vorweihnachtlichen Zusammenkünften und Traditionen. Bis auf die Weihnachtsbeleuchtung in den Straßen kehren wir Gott sei Dank wieder ein Stück weit zur Normalität zurück.

Krailling

Baulandmobilisierung

Der politische Wille zur Baulandmobilisierung hat zu einem neuem und bis 2026 befristeten Baurechtsinstrument geführt, das der 1. Bürgermeister und die FDP künftig häufiger anwenden wollen, wenn der Gemeinderat zustimmt: Gemäß dem neuen § 31 Abs. (3) Baugesetzbuch können künftig einzelne Wohnbau-Vorhaben auch unter Abweichung von einzelnen Bestimmungen eines Bebauungsplans genehmigt werden, wenn die Gemeinde zustimmt und das städtebauliche Ziele nicht grundlegend beschädigt wird. Damit könnten gewünschte Veränderungen an Wohnhäusern (z.B. Anbau für eine Pflegeperson, Mehr-Generationen-Wohnen, Umbau von 1 Haus in 2 Wohnungen) ohne langwierige Bebauungsplanverfahren zugelassen werden.

Dimmung der Straßenbeleuchtung

Die Süddeutsche Zeitung berichtet in einem Artikel von den Bemühungen der Gemeinde zum Energiesparen, hier konkret bei der Dimmung der Straßenbeleuchtung auf die Hälfte. Dies ist nun in einem Pilotprojekt des Bayernwerks als Konzessionsnehmerin bei den LED-Leuchten in der Gemeinde umgesetzt und soll ca. 9500 kWh p.a. einsparen. Da die Umstellung nur bei LED-Leuchtmitteln möglich ist, schlägt die Verwaltung dem Gemeinderat vor, künftig 50.000 € jährlich in die Umrüstung alter Straßenlaternen zu investieren. Die

Der liberale Newsletter

aus Kreistag, Stadtrat und Gemeinderäten
im Landkreis Starnberg



bisherigen Umrüstungen wurden von allen Fraktionen unterstützt. Wichtig zu wissen ist aber, dass die Gemeinde NICHT auf eine ausreichende Beleuchtung verzichtet, die Sicherheit bleibt weiter an erster Stelle, so werden an Fußgängerüberwegen z.B. die Leuchten nicht gedimmt!

Bedarfsverkehr des MVV

Derzeit lässt der Landkreis für die Zeiten außerhalb der Busbedienung (also etwa zwischen 22:00 und 6:00) die Sinnhaftigkeit und Möglichkeit von Ruftaxi oder On-Demand-Verkehren prüfen, die mit MVV-Fahrkarten benutzt werden sollen und eine durchgängige ÖPNV-Bedienung sicherstellen sollen. Die Gemeinde Krailling bittet den Landkreis, bei seiner Machbarkeitsstudie einen On-Demand-Dienst für Krailling zu prüfen (auch tagsüber, nicht nur nachts) und die voraussichtlichen Kosten mitzuteilen, eine Nacht-Verbindung nach Starnberg ist für die Gemeinde nur untergeordnet, ein Anschluss an S-Bahn und U-Bahn dagegen besonders wichtig.

ISEK

Der Gemeinderat hat 2021 und 2022 intern mit einem Planungsteam mit den Arbeiten zum Integrierten Stadtentwicklungskonzept (ISEK) begonnen. Dieses Konzept ist eine Auflage aus der Städtebauförderung und soll eine Zukunftsvision für Krailling entwerfen, an welcher sich die Politik den nächsten 20 Jahren orientieren kann und soll. Als nächster Schritt folgen nun mehrere Bürgerbeteiligungen, damit die Kraillingerinnen und Kraillinger (inkl. Ortsteile) ihre Sicht auf die Zukunft der Gemeinde einbringen können, womit sie das Konzept auf eine breite Basis stellen werden.

Seefeld

Christkindlmarkt 2022

Auf Nachfrage gab der Bürgermeister bekannt, dass der Christkindlmarkt 2022, wenn es im Rahmen etwaiger behördlicher Pandemie-Auflagen machbar sein sollte, stattfinden wird. Über ein Energiesparkonzept (z. B. weniger Beleuchtung) wird nachgedacht.

Bestätigung der Feuerwehrkommandanten in Hechendorf

Einstimmig bestätigte der Gemeinderat Benjamin Grütze erneut als Kommandanten der Hechendorfer Feuerwehr und Lukas Ruhdorfer als seinen Stellvertreter und dankte ihnen für ihren Einsatz.

Asylbewerberunterkunft am Keltenweg in Hechendorf

Die Unterkunft wurde aus gebrauchten Containern errichtet und ist seit 2016 im Dienst. Inzwischen ist die Anlage so abgewohnt, dass weitere Reparaturen sinnlos sind. Daher wurde der Auflösung des Mietvertrags mit dem Landratsamt zugestimmt, damit die Container in Kürze freigeräumt werden können. Die Bewohner werden durch das Landratsamt möglichst in Wohnungen nahe ihrem Arbeitsplatz untergebracht. Über einen Nachfolger für diese Anlage muss beraten werden.

Schützenheim Drößling - Heizungserneuerung

Wegen eines maroden Öltanks muss die Ölheizung des Schützenheims erneuert werden. Der Gemeinderat hat zunächst fossile Brennstoffe für die neue Heizung ausgeschlossen. Pellets, Hackschnitzel oder Nahwärme

Der liberale Newsletter

aus Kreistag, Stadtrat und Gemeinderäten
im Landkreis Starnberg



waren die diskutierten Alternativen. Bevorzugt wurde der Anschluss an das Nahwärmenetz, das in Dröbling gerade entsteht. Zur endgültigen Entscheidung sind noch weitere Abklärungen erforderlich.

Starnberg

Antrag für eine Verordnung zum Verbot von Betteln in der Starnberger Innenstadt

Auf Initiative der FDP stellten die Gewerbereferenten des Starnberger Stadtrates einen Antrag zum Verbot von Betteln im Innenstadtbereich. Sie folgten damit einer Bitte des Starnberger Einzelhandels, der sich vermehrt über aggressives Betteln durch organisierte Gruppen beschwerte. Da auch die Stadt München über eine Allgemeinverfügung in genau definierten Bereichen verfügt, wird Ähnliches für die Starnberger Innenstadt von der Verwaltung erarbeitet und spätestens im Januar zur Abstimmung vorgelegt. Der Antrag der Gewerbereferenten wurde mit einer Gegenstimme angenommen.

Veranstaltungen der Stadt im Jahre 2023

Die Stadt Starnberg plant für das kommende Jahr folgende Veranstaltungen:

- Faschingstreiben am 21.02.2023 auf dem Kirchplatz
- Wein am See im Bucentaurpark vom 22.06.-24.06.2023 (diese Veranstaltung ist eine Weiterentwicklung einer Idee, die die FDP Starnberg entwickelt und als Antrag 2020 eingebracht hatte)
- Schlossfest im Schlossgarten (findet 2024 im Wechsel mit dem Weinfest statt)
- Nacht der langen Tafel am 15.07.2023 in der Innenstadt
- Starnberg bewegt am 8.10.2023 auf dem Kirchplatz und in der Wittelsbacher Straße

Ausstattung der Feuerwehren der Stadt Starnberg mit neuer Brandschutzdienstkleidung

Der Stadtrat bewilligt 500.000 Euro für die Beschaffung von neuer Brandschutzausrüstung. Die aktuell genutzte Kleidung ist um die 20 Jahre alt und entspricht durch häufigen Einsatz und Reinigung nicht mehr den aktuellen Anforderungen.